

Die Linke Sachsen

2. Tagung des 17. Landesparteitages

13. April 2024

A. Leitanträge

A.1. Landtagswahlprogramm der Linken Sachsen zur Landtagswahl 2024

ÄA.1.31. Änderungsantrag: inklusive Arbeitsplätze

Einreicher*innen: Sarah Buddeberg

Der Landesparteitag der Linken Sachsen möge beschließen:

Änderungen in den Zeilen 376-382:

ersetze

Wir wollen die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen reformieren: Sie sollen sich zum allgemeinen Arbeitsmarkt öffnen und stärker als bisher die Aufgabe der Ausbildung als Orte der beruflichen Bildung gestaltet werden. Um die erforderlichen Brücken in den all-gemeinen Arbeitsmarkt zu bauen, sollen verstärkt Außenarbeitsplätze gefördert werden, mit dem Ziel, sie in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln. Die Entlohnung darf den Mindestlohn nicht unterschreiten.

durch

Wir wollen inklusive Arbeitsplätze in Inklusionsfirmen durch eine nachhaltige Förderung absichern. Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen muss an den Einsatz für einen inklusiven Arbeitsmarkt und die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen gekoppelt und als Vergabekriterium im sächsischen Vergaberecht verankert werden. Bei öffentlichen Aufträgen sind inklusive Unternehmen bei der Auftragsvergabe gezielt zu unterstützen. Es soll außerdem eine sächsische Vermittlungsstelle speziell für die Arbeit und Ausbildung von Menschen mit Behinderungen etabliert und im Zuge dessen eine landesweite inklusive Jobbörse entwickelt und aufgebaut werden. Somit werden Kontakte zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen mit Behinderungen ermöglicht, aktiv Vorurteile abgebaut und auch eine stärkere Nutzung vorhandener Teilhabeleistungen angeregt. Wir wollen die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen reformieren: Sie sollen sich zum allgemeinen Arbeitsmarkt öffnen und als Orte der beruflichen Bildung gestaltet werden. Die Entlohnung einer Werkstatttätigkeit darf den gesetzlichen Mindestlohn nicht unterschreiten. Außerdem muss die Werkstättenverordnung (WVO) auf Bundesebene dringend modernisiert werden.

Begründung:

Wir haben 2 Fachveranstaltungen zum Thema Inklusiver Arbeitsmarkt durchgeführt und die daraus entstandenen Forderungen und Gesprächsergebnisse sind im o.g. Textabschnitt integriert. Im Sinne einer basisdemokratischen Politik ist es notwendig, die Perspektiven von Selbstvertretungen und Verbänden zu berücksichtigen.

Entscheidung des Landesparteitages: